



FragDenStaat.de

Jahresbericht

Inhalt

2019.....	4
Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat	5
Gesetzeslage in Bund und Ländern	6
Das Jahr 2019 in Anfragen.....	8
2019 in Zahlen	10
Ausblick 2020	13
Partner.....	14
Impressum.....	14

2019.



Lea Pfau,
Projektmitarbeiterin
FragDenStaat

Wir haben 2019 einen großen Zuwachs von Macht und Ressourcen der Exekutive erlebt. Verschärfte Sicherheitsgesetze und die zunehmende Aberkennung von des Gemeinnützigkeits-Status schränken die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft immer massiver ein.

Die Informationsfreiheit bietet in diesem Machtungleichgewicht eine Möglichkeit, staatlichen Institutionen auf Augenhöhe zu begegnen und eine Kontrollfunktion auszuüben.

So ist es kein Wunder, dass 2019 das bisher erfolgreichste Jahr überhaupt für FragDenStaat war. Die Zahl der NutzerInnen hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, die der Anfragen sogar verzehnfacht. Auch unser hauptamtliches Team ist auf fünf MitarbeiterInnen gewachsen.

Trotzdem bleibt noch viel zu tun: Die Gesetzgebung verläuft schleppend und nach wie vor werden zahlreiche Anfragen rechtswidrig abgelehnt.

Unterstützen Sie uns beim Kampf für mehr Transparenz mit einer Spende – werden Sie InformationsbefreierIn!

Mit besten Grüßen

Lea Pfau

Stimmen zu FragDenStaat



Peter Schaar, *Vorsitzender Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.*

„Wem beim Thema Internet nur technokratische oder wirtschaftliche Aspekte einfallen, der hat nichts vom demokratischen Potential verstanden, das vielen neuen Technologien innewohnt. Eine lebendige und demokratische Informationsgesellschaft lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Projekte wie FragDenStaat leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“

Günter Bartsch, *Geschäftsführer netzwerk recherche*

„In Behörden und Ministerien prägt das „Amtsgeheimnis“ oft nach wie vor die Kultur der Verwaltung und die Denkweise der Mitarbeiter. Journalisten durchbrechen diese Mauern des Schweigens. Sie berufen sich auf Auskunftsansprüche – und müssen diese regelmäßig auch vor Gericht durchsetzen. Ohne das Informationsfreiheitsrecht wäre das in vielen Fällen nicht möglich. FragDenStaat erleichtert den Zugang für Nichtjuristen – und macht damit die Informationsfreiheit sichtbar und greifbar.“



Helen Darbshire, *Executive Director Access Info Europe*

„Civic tech request platforms such as the excellent FragDenStaat have three important benefits. First, they lower the psychological barrier to exercising the right to information by making it easy to ask. Second, they gather data on the nature of responses and denials, rendering transparency levels of government compliance with the right. Third, they put information that has been released within reach of all of society.“

Hans-Martin Tillack, *investigativer Journalist beim Stern*

„Die Forderung nach Informationsfreiheit, nach dem Zugang zu internen Unterlagen von Behörden – das gilt manchen Beamten und Politikern immer noch als Majestätsbeleidigung. Je mehr Menschen dieses Recht dennoch in Anspruch nehmen, je selbstverständlicher Informationsfreiheit wird, desto mehr werden diejenigen in den Ministerien und Ämtern umlernen müssen, die weiterhin glauben, Behördenakten seien so etwas wie ihr Privatbesitz. Denn sie sind es nicht. Die Verwaltung arbeitet für die Bürger. Deshalb brauchen die Bürger Kontrollrechte. Und darum ist ein Projekt wie FragDenStaat so wichtig.“



Prof. Edda Müller, *ehemalige Vorsitzende von Transparency International Deutschland*

„Transparency Deutschland unterstützt FragDenStaat, weil Informationsfreiheit eines der mächtigsten Werkzeuge gegen intransparente Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen sowie Korruptionsgefahren ist. Durch FragDenStaat wird dieses Instrument für viele Bürger handhabbar und nutzbar – daher ist das Portal für die Korruptionsbekämpfung in Deutschland so hilfreich.“

Gesetzeslage in Bund und Ländern

Die Gesetzeslage der Informationsfreiheit hat sich 2019 teilweise geändert.

Zwar hat **Baden-Württemberg** sein Landesinformationsgesetz nicht abgeschafft. Allerdings haben alle Landesbehörden 2019 eigene Gebührenordnungen eingeführt. Das bedeutet: Anfragen an die Landesministerien kosten nun unterschiedlich viel – und in der Regel viel zu viel. Die grün-schwarze Regierung macht klar: Eigentlich würde sie die Informationsfreiheit im Ländle lieber wieder abschaffen.

Zur Landtagswahl versprochen alle großen demokratischen Parteien in **Bayern** ein Informationsfreiheitsgesetz. Nur die CSU wollte nicht. Sie setzte sich durch. Im Koalitionsvertrag zwischen Freien Wählern und CSU ist von Transparenz nicht mehr die Rede. Bayern bleibt das schwarze Loch der Informationsfreiheit in Deutschland.

Wenig würde sich in **Berlin** in Sachen Transparenz tun – gäbe es nicht unseren Volksentscheid Transparenz. 33.000 Unterschriften sammelten wir in unserem großen Bündnis für ein Transparenzgesetz. 2020 muss der Senat unseren Entwurf prüfen.

In **Brandenburg** und **Bremen** war 2019 auf Gesetzesebene nichts los.

Die Novelle des **Hamburger** Transparenzgesetzes wurde beschlossen. Darin werden zwar der Anwendungsbereich des Gesetzes und die Zuständigkeiten des Landesinformationsfreiheitsbeauftrag-

ten erweitert. Allerdings sind anonyme Anfragen nicht mehr möglich, Antwortfristen länger und die Transparenz damit insgesamt verschlechtert.

Die Informationsfreiheit in **Hessen**. Mit ersten Klagen vor dem Verwaltungsgericht versuchen wir derzeit die Landesministerien davon zu überzeugen, dass sie das Gesetz auch umsetzen müssen.

Das Informationsfreiheitsgesetz **Mecklenburg-Vorpommern** bleibt alt und ungenügend, ein Informationsfreiheitsgesetz in **Niedersachsen** ist weiterhin nicht in Sicht.

In **Nordrhein-Westfalen** hat das Bündnis „NRW blickt durch“ einen Vorstoß für ein Transparenzgesetz gemacht. Die Landesregierung hat bisher nicht reagiert.

In **Rheinland-Pfalz** muss die Landesverwaltung seit 2019 wichtige Dokumente der Verwaltung online bereitstellen. Damit treten wichtige Aspekte des Landestransparenzgesetzes von 2016 endlich in Kraft.

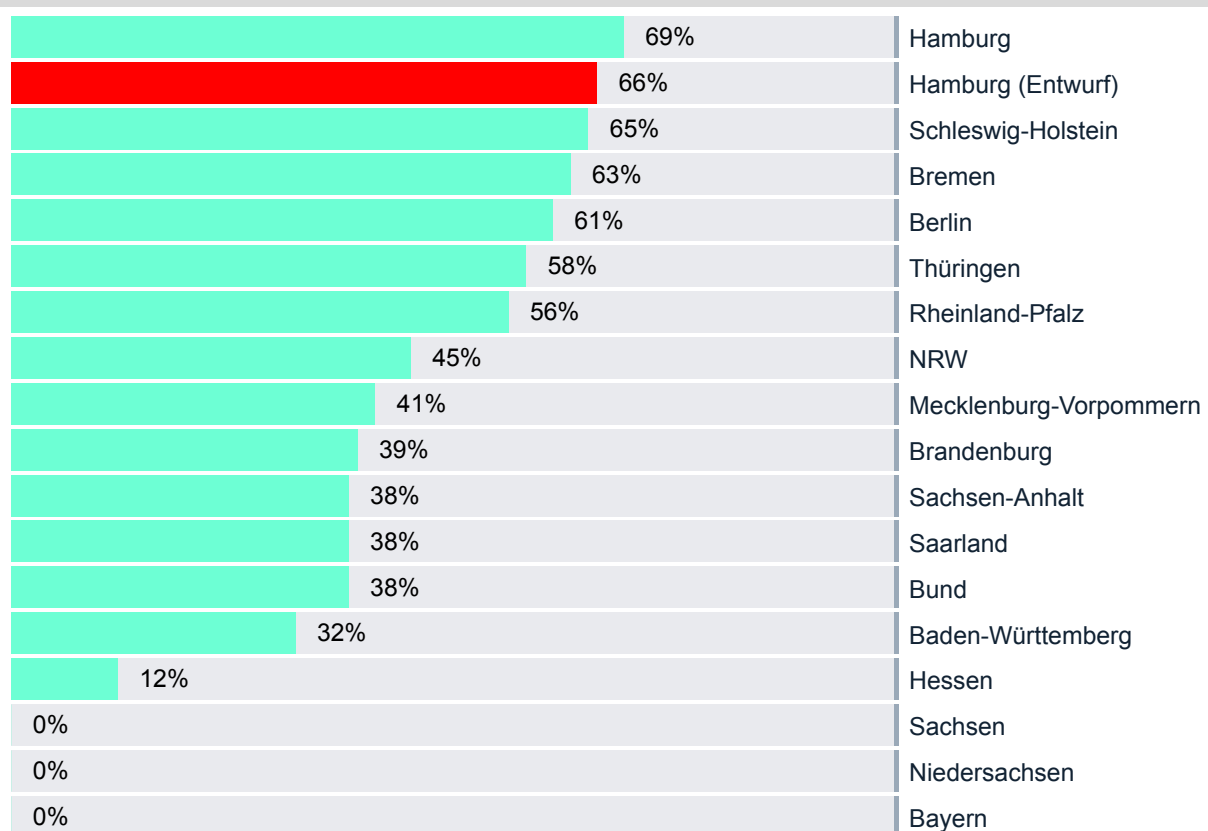
Im **Saarland** hat sich 2019 nichts getan.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-rot-grünen Regierung in **Sachsen** sieht vor, bis Ende 2020 ein Transparenzgesetz einzuführen.

Zwar ist 2019 in **Sachsen-Anhalt** nicht viel passiert – nur die Gebührenordnung des IZG wurde angepasst – aber 2020 soll das Gesetz weiterentwickelt werden.

Ende 2019 wurde in **Schleswig-Holstein** das Portal transparenz.schleswig-holstein.de gelauncht, auf dem das Land künftig seine zentralen Dokumente bereitstellen will.

Thüringen wird das vierte Bundesland mit einem Transparenzgesetz. Der überarbeitete Gesetzentwurf tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft und enthält einen eher kleinen Katalog aktiv zu veröffentlichender Informationen. Gebühren sind bis zu einer Höhe von 500€ möglich.



Auf transparenzranking.de vergleichen wir alle Informationsfreiheitsgesetze Deutschlands anhand von 40 Indikatoren

Das Jahr 2019 in Anfragen

Topf Secret

Wie sauber sind eigentlich mein Lieblingsrestaurant oder der Supermarkt um die Ecke? In Deutschland veröffentlichen die zuständigen Behörden die Berichte der regelmäßig durchgeführten Hygienekontrollen in Lebensmittelbetrieben nicht – im Gegensatz zu Ländern wie Wales, Norwegen oder Dänemark.

Mit der Kampagne Topf Secret sollen VerbraucherInnen die nötige Transparenz erhalten, indem sie die Hygienekontrollberichte anfragen. Über 40.000 solcher Anfragen wurden 2019 gestellt.

Die Gastronomie-Lobby wehrt sich vehement gegen die Veröffentlichung der Berichte, mit Einschüchterungsversuchen und zahlreichen Klagen. Die Berliner Bezirke haben bis heute so gut wie keine Topf Secret-Anfrage rechtskonform beantwortet, weshalb wir das Land Berlin verklagen.

Zensurheberrecht und Glyphosat

Wir veröffentlichten ein Gutachten des Bundesinstituts für Risikoforschung, ansässig im Landwirtschaftsministerium, zu den Krebsrisiken von Glyphosat. Die Bundesregierung wollte uns mit Hilfe des Urheberrechts zwingen, es wieder zu löschen.

Darauf fragten über 45.000 Menschen dasselbe Gutachten an und erhielten dieses auch. Eine Veröffentlichung blieb allerdings trotzdem verboten.

Erst im Juli entschied das Landgericht Köln, dass wir das Gutachten vorerst wieder veröffentlichen dürfen – aufgrund eines Formfehlers bei

der Zustellung der einstweiligen Verfügung des Bundesinstituts. Die grundlegende Frage, ob das Urheberrecht dafür missbraucht werden darf, staatliche Dokumente geheim zu halten, ist damit noch offen. Weil das Bundesinstitut uns erneut verklagte, wird sie voraussichtlich 2020 in einem weiteren Gerichtsverfahren geklärt.

Volksentscheid Transparenz Berlin

2019 sind wir mit unserem Volksentscheid für ein Berliner Transparenzgesetz auf die Straße gegangen und haben knapp 33.000 Unterschriften gesammelt. Die Forderung der BürgerInnen nach mehr Transparenz war noch nie so deutlich. Nun liegt es am Senat, auf unseren Gesetzentwurf zu reagieren.



Frontex bleibt intransparent

Die europäische Grenzagentur Frontex bleibt leider intransparent. Unsere Klage vor dem Europäischen Gericht in Luxemburg – die erste Klage einer zivilgesellschaftlichen Organisation gegen Frontex

überhaupt – wurde abgewiesen.

Wir hatten die Namen, Flaggen und Typen der Schiffe angefragt, die als Teil der Operation Triton im Mittelmeer eingesetzt sind. Zum Teil veröffentlichte Frontex solche Daten bereits auf Twitter.

In seinem Urteil übernahm das Gericht weitgehend die Argumentation der Grenzagentur, ohne diese kritisch zu prüfen. 2020 wollen wir beim Europäischen Gerichtshof Berufung einlegen.

Klage erfolgreich: BND auskunftspflichtig

Der Bundesnachrichtendienst weigerte sich als Geheimdienst bisher komplett, jegliche Informationen herauszugeben. Nach zwei Jahren war nun unsere Klage erfolgreich: Auch der BND muss zumindest im Bereich der Umweltinformationen transparenter werden. Außerdem muss er BürgerInnen bei der Antragstellung unterstützen, also beim Eingrenzen von Anfragen helfen, um die entsprechenden Dokumente zu identifizieren.

EU-Behörden

FragDenStaat wird europäisch! Auch auf der EU-Ebene gelten Informationsfreiheits- und Auskunftsrechte. Ab sofort sind auch Behörden der EU über FragDenStaat anfragbar.

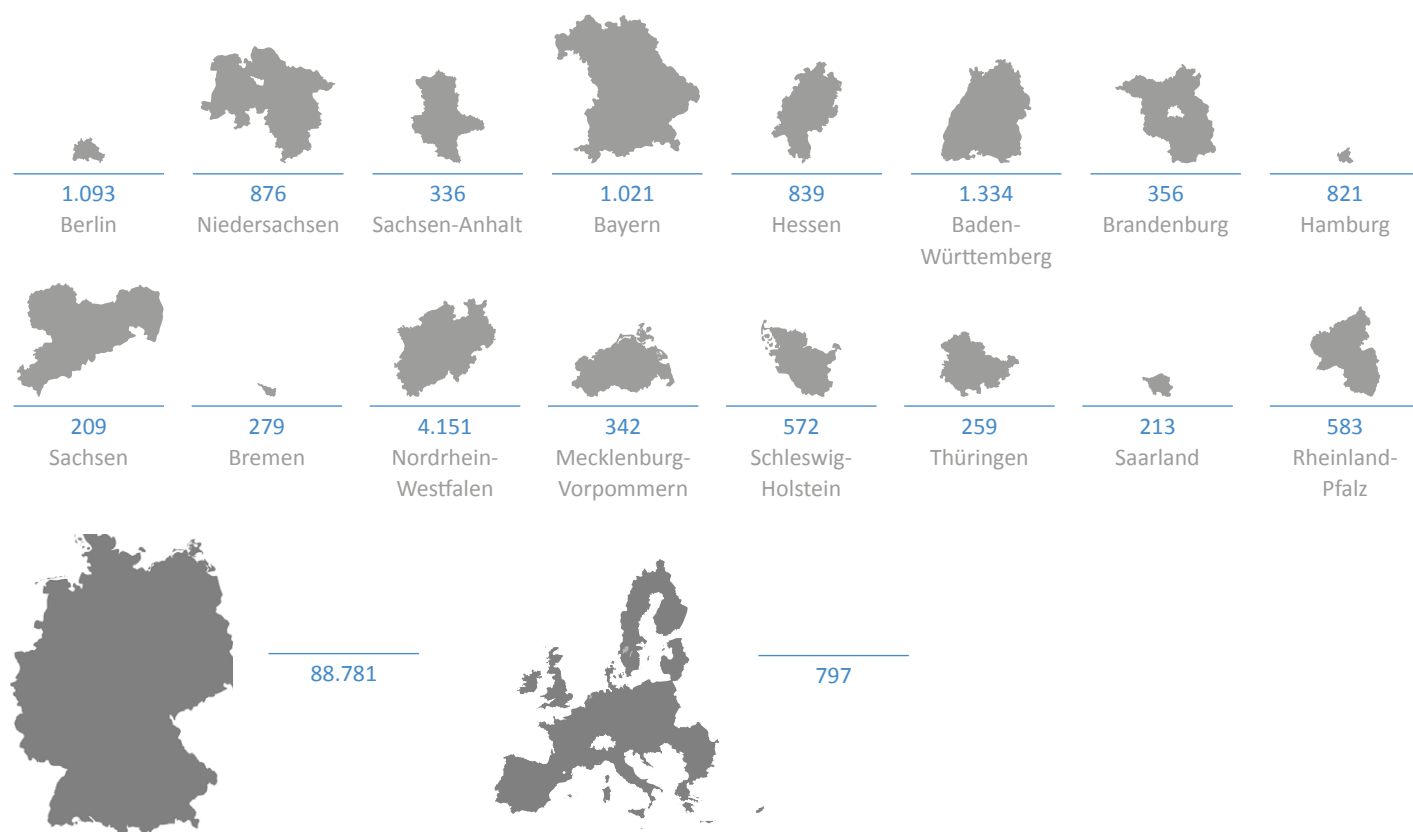
FragSieAbi und Kunsteditionen

Auch 2019 gab es eine neue Kunstedition – sogar in dreifacher Ausführung. Im Rahmen der Kampagne FragSieAbi fragten zahlreiche NutzerInnen Abituraufgaben der vergangenen Jahre in mehreren Bundesländern an. Das Bildungsministerium Schleswig-Holstein gab diese auch heraus, schwärzte aber im Fach Deutsch die zu analysierenden Gedichte aus Angst, das Urheberrecht zu verletzen. Dadurch entstand eine ganz neue Lyrik.

Bertolt Brecht Schlechte Zeit für Lyrik

Ich weiß doch: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

IFG-Anfragen über FragDenStaat 2019



Antwortquote

103.124 Anfragen gesamt; davon

- 1 56.262: (teilweise) erfolgreich
- 2 2.547: Information nicht vorhanden
- 4 2.561: abgelehnt
- 5 5.618: (wegen Kosten) zurückgezogen
- 6 36.136: noch nicht abgeschlossen / nicht klassifiziert

Webseitenstatistik



4,2 Millionen
Seitenansichten

IFG-Anfragen nach Bundesministerien



156



108



123



156



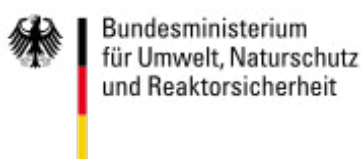
136



268



139



133



276



226



52



129



82



144

FragDenStaat-Finanzen 2019

Einnahmen

Spenden	168.907,82€
Förderung Schöpflin-Stiftung	50.000,00€
Förderung Renewable Freedom Foundation	10.000,00€
Honorare	4.352,05€
FDS-Shop	1.525,21€
	= 234.785,08€

Ausgaben

Material und Technik	-8.177,40€
Fortbildungen	-1.105,00€
Widersprüche und Klagen	-64.207,12€
Personalkosten	-142.862,21€
	= -216.351,73
	18.433,35€

Das Plus von rund 18.000€ investieren wir in weitere Klagen. Außerdem können wir damit das Minus vom Vorjahr ausgleichen.

Ausblick 2020

2020 stehen einige Entwicklungen für FragDenStaat an:

1– Automatisierte Widersprüche

Noch viel zu oft werden IFG-Anfragen unrechtmäßig abgelehnt. Um dagegen vorzugehen, wollen wir es anderen Menschen erleichtern, Widersprüche einzulegen und damit die Informationsfreiheit rechtlich durchzusetzen – auch ohne Jura-Studium.

2– Dokumentensystem ausbauen

FragDenStaat bietet nicht nur Infrastruktur für das Stellen von Anfragen, sondern ist auch ein riesiger Wissensspeicher von erfolgreichen Anfragen und veröffentlichten Dokumenten. Dieses Archiv wollen wir zugänglicher gestalten und die vorhandenen Informationen besser aufbereiten.

3– Klage- und Urteilsdatenbank

Jedes Jahr werden zahlreiche Klagen zu Informationsfreiheit eingereicht und verhandelt – nicht nur von FragDenStaat, sondern auch von anderen AktivistInnen und JournalistInnen. All diese Klagen und die dazugehörigen Urteile wollen wir in einer öffentlichen Datenbank sammeln, auch um zukünftige Klagen zu erleichtern und besser vorzubereiten.

4– Kampagnen zu Umwelt

2019 war vor allem Anderen das Jahr der Klima-Proteste, und auch wir wollen uns stärker für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen. Dafür planen wir einige Kampagnen mit umweltpolitischen Bezug – vom Klimakabinett über den Hambacher

Forst bis zu Luftqualität und Kohlekraftwerken.

Das brauchen wir nächstes Jahr:

FragDenStaat wird zu einem großen Teil ehrenamtlich getragen. Ein Team mit buntem Hintergrund arbeitet in vielen Bereichen der Plattform.

Developer

Um neue Features für FragDenStaat und die zugrundeliegende Software Froide zu entwickeln und die Anzahl der Issues auf Github zu verringern, suchen wir EntwicklerInnen, die sich mit Python/Django auskennen.

CampaignerIn

Im letzten Jahr wurde so deutlich wie noch nie, dass vor allem unsere Kampagnen wie Topf Secret und zum Glyphosat-Gutachten das Thema Informationsfreiheit auf die politische Tagesordnung setzen und Menschen einen niedrigschwelligen Zugang bieten. Um die Kampagnen noch effektiver zu gestalten, suchen wir Menschen mit Erfahrung im Campaigning-Bereich.

Jura/AnwältInnen

Dutzende Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz werden täglich über FragDenStaat gestellt. Bei einigen brauchen AntragsstellerInnen Unterstützung bei Formulierungen oder Widersprüchen. Dabei brauchen wir Hilfe von AnwältInnen.

PartnerInnen



abgeordneten-
watch.de



Gesellschaft für Freiheitsrechte

Gesellschaft für Frei-
heitsrechte

access
!Nfo

Access Info

foodwatch®
die essensretter

foodwatch

**MEHR
DEMOKRATIE !**

Mehr Demokratie

dgif

Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit

Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit

nr netzwerk
recherche

netzwerk recherche

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Reporter ohne Grenzen



Chaos Computer Club

Impressum:

FragDenStaat ist ein Projekt der gemeinnützigen Open Knowledge Foundation.

V.i.S.d.P. Arne Semsrott c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.,

Singerstr. 109, 10179 Berlin

www.okfn.de, www.fragdenstaat.de, info@fragdenstaat.de

FragDenStaat-Team 2019: Judith Doleschal (seit Oktober), Lea Pfau (seit März), Sebastian Schröder (bis August), Arne Semsrott, Stefan Wehrmeyer